

Sallese Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 302.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Verlagsort: Halle a. S., Markt 2, 30. Nr., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallese Zeitung erscheint wöchentlich zwei mal. — Preis: 10 Pfennige. — Halbesche Buchdruckerei (Halle, Markt 2, 30. Nr., Unterpostamt (Sonnabend), Halle, Markt 2, 30. Nr.).

Zweite Ausgabe

Verlagsort: Halle a. S., Markt 2, 30. Nr., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallese Zeitung erscheint wöchentlich zwei mal. — Preis: 10 Pfennige. — Halbesche Buchdruckerei (Halle, Markt 2, 30. Nr., Unterpostamt (Sonnabend), Halle, Markt 2, 30. Nr.).

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Telegraphenstraße 87, Unterpostamt. Telefon 153; Redaktions-Telefon 1272. Einz. Gr. 10 Pfennige. Druckerei: Dr. Walter Schönbach in Halle a. S.

Donnerstag, 1. Juli 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14. Telefon Amt VI Nr. 1148. Druck und Verlag von Carl Zöfel in Halle a. S.

Die politische Bewegung in Obersachsen.

Obersachsen könnte in diesem Jahre die 750jährige Feier seiner endgültigen Trennung von alten politischen Reichsteilen feiern. Man sollte annehmen, daß eine derartige Zeit ausgereicht hätte, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Volentum auszulöschen und an seine Stelle das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der deutschen Kulturgemeinschaft und besonders mit Preußen treten zu lassen, das sich seit Beginn seiner Herrschaft um Obersachsen die größten Verdienste erworben hat. So ist es auch tatsächlich lange Jahrhunderte gewesen, während deren die Obersachsen friedlich mit den Deutschen, zusammengelebt und von ihnen als die treuen Wasserpolen hoch geschätzt waren. Da bemächtigte sich politische Wölfer aus Polen und Westpreußen dieser laßigen Bevölkerung, und luden in ihnen künstlich eine Sehnsucht nach der Wiedererfüllung des alten polnischen Reiches zu entfachen, deren Erfolge in einer Anzahl politischer Abgeschickten in den deutschen Reichstagen und in das preussische Abgeordnetenhaus eingewogen sind.

In den letzten Jahren hat sich diese Bewegung befunden in Guldigungsfahrten der oberländischen Preußen nach den polnischen Königsgräbern in Krakau, das vor 750 Jahren, als Obersachsen mit Polen vereint war, überhand nicht die Hauptstadt Polens gewesen ist. So sind am 28. und 29. Mai dieses Jahres allein 3000 oberländische Preußen nach Krakau gereist, um dort mit den galizischen Polen, mit denen sie an sich wenig Verbindungen haben, politische Verbindungsstelle zu feiern und Reden anzuhören, in denen die Wiedererfüllung des Volentums mit allen Mitteln gefordert wird. Darunter befanden sich viele, die als alte preussische Soldaten zum unbedingten Schutze des Vaterlandes gegen jeden äußeren Feind verpflichtet sind, oder die demnächst als preussische Soldaten ins Meer eintreten werden.

In Krakau waren Professoren und Studenten die Führer dieser preussischen Polen, die in den sieben Klöstern der Stadt und in den Säulenhallen einquartiert wurden. Bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhof wurden sie mit dem alten polnischen Revolutionslied „Was ist Polen nicht verloren“ empfangen und an das Koszuszko-Denkmal geführt, wo sie mit der polnischen Nationalhymne begrüßt wurden. Als Redner trat ein Student auf, der die Preußen begrüßte, daß sie sich auf zwei Tage aus der Sand des Traxanen Bismard Losgerissen hätten, um hier frischen Mut zu erlangen, um die polnischen Oberländer zu befreien, die von der polnischen Regierung als Fremden behandelt, eine Abnung hat von den, ähmeren barbarischen Gesetzen, die auch in Preußen herrschen, um dann weiter fortzuführen: „Nicht genug, daß Euch die Deutschen wie Sklaven behandeln und von der Muttererde vertreiben und die Sprache rauben, nehmen sie Euch auch den Glauben und bringen in Eure Wohnungen ein, um alles das zu beschmiffeln, was polnisch ist.“ Außerdem sprach der Jüngling ganz offen aus, daß der Zweck dieser Guldigungsfahrt nach Polen sei, „um über neue Mittel und Wege zum weiteren Kampfe Anweisungen zu erhalten.“ Fast mit denselben Worten bezeugte am zweiten Tage der polnische Professor Magiera den Zweck der Guldigungsfahrt, „um hier in der Residenzstadt Unterweisungen für den weiteren Kampf zu erhalten.“

Gegen diese Verdrübenungsstimmung müßte entschieden eingegriffen und dafür gesorgt werden, daß derartige national-polnische Feste in Galizien nicht den inneren Frieden in Deutschland vergriffen; denn darüber kann man sich seiner Leidenschaft hingeben, daß die deutschen Reichsbürgerlichen, die sich an solchen Kundgebungen in Krakau beteiligen, Treubrüd und Verrat an ihrem Lande üben.

Zur innerpolitischen Lage.

Die Berliner Wähler wissen wollen, seien Mittwoch vormittag die Mitglieder des Bundesrats im Beisein zahlreicher einzelstaatlicher Minister zu einer vertraulichen Besprechung versammelt gewesen, um zu der Gestaltung der Finanzreform in Stellung zu nehmen. Ueber das Ergebnis der Beratungen werde vorläufig strengstes Stillschweigen beobachtet. Der Berliner „N.“ will aber aus Mündigen folgendes erfahren haben: Der bayerische Minister hat die Verbindung mit der Reichstagsmehrheit beschlossen, die bayerischen Vertreter beim Bundesrat entsprechend instruiert. Der Ministerpräsident von Baden und der Finanzminister von Pfalz sollen dem Finanzrat darüber Vortrag gehalten haben und alsdann habe der entscheidende Minister rat stattgefunden.

Zu Meier Marinekreisen sei übrigens, wie daselbe Blatt von dort erfährt, von einer Aufgabe der Rord-

Landreise des Kaisers nichts bekannt. Die Vorbereitungen hierzu erfahren keine Unterbrechung, auch sei seine Abreise an die Küste des Kaiser's ergangen, die programmgemäß am 6. Juli in Sankt sich auf der „Gohenzollern“ einschiffen würden.

Budgetkommission des Reichstags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt am Mittwoch Abg. Erzberger (Zentrum) folgende Erklärung ab: In den letzten Wochen fanden eine Reihe von Sitzungen der Subkommission für die Besoldungsordnung und interfraktionelle Besprechungen statt, welche ich als Vertreter der Zentrumspartei beizuwohnte. Für sämtliche Besprechungen über absolutes Stillschweigen und Vertraulichkeit vereinbart worden. Es mußte daher Bestehen erregen, daß die nationalliberalen „Magdeburger Zeitung“ eine angeblich von parlamentarischer Seite stammende Mitteilung über diese Beratungen bringen konnte. In dieser werden vollständig unzutreffende Behauptungen über mein Verhalten bei diesen Besprechungen aufgeführt. Noch mehr übertrieben wurde man allerdings durch einen Artikel der „Nationalen Volkszeitung“, fern, der sich gleichfalls mit Einzelheiten aus diesen vertraulichen Besprechungen befaßt. Soweit in demselben auf meine Tätigkeit in der Besoldungsfrage hingewiesen wird, kann ich den Artikel nur als ein Sammelfurium von falschen Angaben und Behauptungen bezeichnen. Da ich mich an die Vertraulichkeit der Besprechungen noch immer gebunden halte, kann ich auf Einzelheiten nicht eingehen und nur selbst behaupten, daß absichtlich von drei Seiten ein „grober Verratsbruch oder Schwindel“, wie die „Nationalen Volkszeitung“ in dem erwähnten Artikel sagt, begangen worden ist. Im Anschluß daran gibt auch der Vorliegende seinem lesbarsten Behauern über den Verratsbruch Ausdruck. Was einer längeren Erklärung bedürftig ist, ist eine andere Frage, daß die Kommission in die Beratung über die Frage der Anhebung der Bestimmungen betreffend die Einfuhrschneine ein. Diese Frage bildete den Gegenstand eines Antrages Dr. W. Blah und Genossen, welcher nach der ersten Lesung im Plenum an die Budgetkommission verwiesen wurde. Der Referent Abg. Dr. W. Blah begründete den Antrag in längerer Rede. Der Vorliegende konstatiert, daß die Aufgabe der Budgetkommission bezüglich dieser Frage lediglich darin bestehen könne, die Wirkung der bisherigen Anhebung der Einfuhrschneine auf die Reichsfinanzen zu prüfen; die wirtschaftliche Seite der Frage komme für diese Kommission nicht in Betracht. Unterstaatssekretär R. erwiderte, daß ein solches Ergebnis von der Anhebung des Verkehrs mit Einfuhrschneinen, 1908 repräsentierte derselbe einen Wert von 90,7 Millionen, 1907 von 49,7 Millionen, 1906 von 48,3 Millionen. Redner vertritt sich über das System der Einfuhrschneine. Die in der Presse aller Parteien in letzter Zeit vorgebrachten Bedenken und Schwierigkeiten für die Reichsfinanzen gibt Redner nur in sehr beschränktem Maße an insbesondere bemängelt er das Zahlenmaterial, das der Abg. W. Blah im Plenum vorgelegt hat. Die Verhältnisse des Jahres 1908 seien ganz vorübergehender Art, das beweise schon die Statistik für das erste Quartal des laufenden Jahres. Während 1908 der Staat bei der Einfuhr die dominierende Rolle spielte, fiel im gleichen Zeitraum 1909 dem Vogen die Einfuhr auf entsprechend der außerordentlich guten Rogenernte von 1908 und der guten Saferente in 1907. Die Verhältnisse, welche zu dem Antrag Anlaß geben, könnten nur als vorübergehende betrachtet werden. Die Regierung werde übrigens fortwährend der Frage ihre Aufmerksamkeit widmen. Vom Abg. Sped (Ztr.) liegt ein Antrag vor, der sich nicht über die Vertraulichkeit und Ausfuhr von der Regierung erwidert. Ob das System der Einfuhrschneine als solches und wie es jetzt beschaffen, weiter bestehen soll oder nicht, diese Frage sei durchaus nicht spruchreif. Redner führt das ein einzelnen aus. Im Interesse der öffentlichen Auffassung liege es, durch eine entschiedene Klarheit zu schaffen, in der die ganze Frage in ihrem Zusammenhang behandelt werden soll. Der Unterstaatssekretär sagt die Denkschrift an Abg. Graf Kanitz (Ztr.) geht auf die Entstehungsgeschichte der Einfuhrschneine ein: Die Aufhebung der Staffelschneine und die Ermöglichung der Zölle bedingten Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft; das Mittel bogu bei dem System der Einfuhrschneine, welches einen gewissen Ausgleich zu jenen beiden Maßnahmen bildete. Dem Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift begrüßt Redner. Gerade die Freunde des Reichsbudgets müßten die jetzigen Verhältnisse begrüßen. Das behältig Abg. Dr. Passig (natlib.), der eine gewisse Einschränkung der Verantwortung der Einfuhrschneine für erwidert erklärt. Den Gedanken einer Denkschrift begrüßt auch Redner. Wie Nierermann von Sonnenberg (natlib. Vgl.) verweist auf die Unzufriedenheit in den mittleren Wälderkreisen. Die Denkschrift möge aus diesen Kreisen die nötige Klarheit bringen. Abg. Singer (Ztr.) verweist sich von der Denkschrift nichts, er fordert energische Maßnahmen, welche der bestehenden Not abhelfen. Die Resolution des Abg. Sped wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Postkrieg mit Haiti

ist auf Grund einer am 30. Juni 1908 getroffenen Vereinbarung am 31. August 1908 beendet worden. In der deutschen Presse wird die Frage erörtert, warum diese Vereinbarung dem Reichstag noch nicht zur Genehmigung vorgelegt worden sei. Die Frage ist dahin zu beantworten, daß die Genehmigung des Reichstags nicht erforderlich ist. Es handelt sich auf deutscher Seite lediglich um die Aufhefung der seit April 1901 bestehenden Zulassungsätze auf Kaffee, Kakao und Wachsöl aus Haiti. Nach dem Posttarifgesetz kann die Regierung solche Zulassungsätze zu jeder Zeit anordnen, die Genehmigung des Reichstags ist nachträglich einzuholen. Der Reichstag hat seinerzeit die Genehmigung zur Erhebung der Zulassungsätze auf haitianische Produkte erteilt. Zur Aufhefung

der Zulassungsätze bedarf die Regierung der Mitwirkung des Reichstags nicht. In dem mit Haiti am 30. Juni v. J. getroffenen Abkommen hat die deutsche Regierung lediglich die Zulassungsätze aufgehoben. Weitere Zulassungsätze sind Haiti nicht gemacht worden, insbesondere ist ihm der Witzgenuss unseres Konventionaltaris nicht eingeräumt worden. Auf haitianische Produkte findet demnach der allgemeine Zolltarif Anwendung. Haiti hat uns ebenfalls nicht die Werftbegünstigung, sondern nur gewisse Zollermäßigungen zugestanden. Infolge der getroffenen Vereinbarung hat sich der beiderseitige Handelsverkehr bereits merklich wieder gehoben. So ist z. B. die Einfuhr von Kaffee aus Haiti, die in den ersten fünf Monaten 1908 nur 27 Doppelzentner betragen hat, in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres auf 2080 Doppelzentner gestiegen.

Zimmer wieder der englische Flottenaufrüstung.

In einer Flottenrede, die er am 30. Juni in der Londoner City hielt, verlangte Admiral Weresford die Annahme eines definitiven Flottenprogramms, das dem unangenehm Weltbewerben im Schiffbau ein Ende mache, und fähig vor, in Ergänzung des gegenwärtigen Flottenprogramms bis März 1914 zehn Dreadnoughts, 15 Kreuzer zweiter Klasse, 15 Kreuzer zum Schutze des Handels, 24 Aufklärungsboote, 4 Schwimmböden und 62 Torpedobootzerstörer zu bauen; ferner eine Kohlenflotte zu schaffen zur Auffüllung der verbrauchten Vorräte und die überflüssigen Kreuzer zu verkaufen, in dessen am 1. Juli 1909 die Kosten schätzte er auf 55 bis 60 Millionen Pfund Sterling. Als den ersten Schritt bezugnehmend Weresford die Schlußfolgerung der Handelskammer des Reichs; offensichtlich werde es möglich sein, in dieser Beziehung ein Zusammenwirken des gesamten Reiches herbeizuführen. — Bei der Formulierung seines Programms benutzte Weresford, er werde nichts sagen, was Deutschland verletzen könnte, aber er müsse Deutschland erwähnen, weil er zum Vergleich die nächstgrößere europäische Seemacht bezugsnehmen müsse. Die deutsche Politik habe in England energische Gegenmaßnahmen nachzusehen, weil man sich natürlich gefragt habe, was sie bedeute. Beste man die deutsche Flotte und den deutschen Seehandel im Vergleich mit dem britischen im Auge, so ergebe diese Vergleich in gewissem Grade berechtigt. Als Deutschland sein Flottenprogramm von 1900 aufstellte, habe ein großer Teil des englischen Volkes gemeint, es würde nicht ausgeführt werden, aber es ist ausgeführt worden, was in auch Deutschland schade sei und nicht Ende England's. Bedauerlich sei, daß England sich jetzt demüßige, indem es Deutschland bitte, darin nicht fortzuführen, weil England sein Geld für soziale Reformen brauche.

Im englischen Unterhause erwiderte auf eine Anfrage aus dem Saufe, ob die Admiralität sich über die Schaffung weiterer Dagelegheiten für Schiffe des größten Zyps schuldig gemacht habe, der erste Lord der Admiralität, der befragte sei, antwortete auf die Frage, daß die Admiralität sich verpflichtet habe, die größten Kriegsschiffe einzusetzen, Schwimmböden zu bauen. Die Stationierung dieser Docks in diesem oder jenem Hafen würde seinerzeit von den strategischen Erfordernissen abhängig gemacht werden.

Die Lage auf Kreta.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des Konstantinopeler Blattes „Sabah“ erklärte der türkische Großvezir, die Besprechungen des Kabinetts über die Kretafrage dauerten fort; die Lage der Türkei sei besser als vor vierzehn Tagen. Die Zeitungsnachrichten über Kriegsvorbereitungen der Türkei gegen Griechenland seien dahin richtig zu stellen, daß bis jetzt nichts anderes geschehen sei, als daß man vorrätig habe die Durchführung des entworfenen Mobilisierungs- und Anmarschplans vorbereitet habe.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser ist am Mittwoch gegen 5 Uhr „an Bord des „Meteor“ nach Kiel zurückgekehrt. Zur Abendfeier bei den Wäldern an Bord der „Gohenzollern“ waren u. a. geladen die Marineattachés von England, Japan, Frankreich, Amerika und Portugal.

Der Gouverneur des Reichs, Herr v. Bismarck, ist am Montag in Berlin wieder eingetroffen. Herr v. Bismarck hat die Berliner Blätter erneut angefordert. Als Nachfolger des Gouverneurs Dr. Döhl wird diesmal der Regierungsrat im Reichscolonialamt Dr. Oswald genannt. Wie wir erfahren, ist diese Nachricht unzutreffend. Der Meldung scheint eine Verwechslung zu Grunde zu liegen. In Neu-Ottawa ist jetzt die Stelle eines Reichsrats beim Gouvernement nur zu besetzen. Für diesen Posten ist Regierungsrat Dr. Oswald in Aussicht genommen.

Während der Zeit der Reichsferien wird die Spundfähigkeit des Reichsvereinsrats am 15. in den frühesten Jahren eingehandelt werden. Vom 15. Juli ab bis 15. September werden zur Erledigung der besonders eilbedürftigen Sachen wesentlich mehrere Organe in Aussicht. Auf die ersten zur Einlegung des Reichsmitteils, des Reichsrats und der Reichsrat (ein Monat vom Tage der Zulassung des Ständegerichtsurteils ab gerechnet) hat diese Ferienordnung keinen Einfluß.

Auslandsdelegierte. Aus Petersburg geht uns folgende Meldung zu: Laut Verfügung des Generalpost- und Telegrapheninspektors werden von heute, Donnerstag, ab die Abgangszeiten aller Auslandsdelegierte nach 24stündiger Reifzeit berechnet werden.

Internationale Verhandlungen. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird England mit Frankreich,

Deutschland, Spanien, Portugal und Belgien zum Zweck der Erhöhung der Zölle auf Spiritus, der in die westafrikanischen Kolonien und Südamerika exportiert wird, sowie der Verringerung der Ausfuhr von Waffen und Munition in diese Gebiete.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 30. Juni, 1 Uhr. Am Vorgesandte: v. Bethmann-Hollweg v. Arnim.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation auf einseitige Aufhebung der Getreidezölle und Zölle auf Futtermittel.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich sofortige Beantwortung bereit.

Zur Begründung der Interpellation bemerkt **Herr Vollenbrock (Soz.):** Die Agrarzölle müssen die Lebenshaltung weiter steilere werden lassen und in Zeiten wirtschaftlicher Krisis besonders schmerzhaft sein. Zugleich sind die Zölle zu hoch, als sie ein für den Export zu sein. Es ist ein Preis für den Export zu sein, der den Export nicht zu stark behindert. Zugleich soll die Zollfreiheit der Getreidezölle auf Futtermittel, der eine wesentliche Aufhebung der Getreidezölle und Zölle auf Futtermittel.

Zur Beantwortung der Interpellation bemerkt

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ueber die Einfuhrzölle haben wir uns erst am 22. April unterhalten. Damals betrug die Höhe der Zölle auf Getreide, was die Zölle betrifft, so steht in der Interpellation bei jeder Getreideart angegeben, ob es sich um die Einfuhrzölle handelt, die im Jahre 1907 zum erstenmal geändert. Auch ist hier die Höhe der Zölle angegeben. Die Zölle sind in der Regel auf den Getreidearten angegeben. Die Zölle sind in der Regel auf den Getreidearten angegeben.

Interpellation

Herr Vollenbrock (Soz.): Die Agrarzölle müssen die Lebenshaltung weiter steilere werden lassen und in Zeiten wirtschaftlicher Krisis besonders schmerzhaft sein. Zugleich sind die Zölle zu hoch, als sie ein für den Export zu sein. Es ist ein Preis für den Export zu sein, der den Export nicht zu stark behindert. Zugleich soll die Zollfreiheit der Getreidezölle auf Futtermittel, der eine wesentliche Aufhebung der Getreidezölle und Zölle auf Futtermittel.

fest an der Wirtschaftspolitik, die sie unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages bisher befolgt haben. (Beifall.)

Das Hauptbestreben bei der Befreiung der Interpellation. **Herr Vollenbrock (Soz.):** Die Erzeugung der Getreidezölle ist eine internationale Erscheinung. Wir können jetzt die Suspension der Getreidezölle nicht verlangen. Wir wollen die anormalen Getreidepreise auch nach der neuen Ernte noch ausbleiben, mühten andere Maßnahmen getroffen werden.

Herr Dr. Wendt (Dp.): Wir sehen keinen Anlaß, wegen der Interpellation unsere Stellung zu den Getreidezöllen zu ändern. Die jetzige Erzeugung der Weizenpreise ist eine künstliche und speculative. (Sehr richtig.) Gerade in Bezug auf die Landwirtschaft hat sich der Zolltarif geändert und jetzt ist er eine Stütze für unsere ganze Volkswirtschaft. Wir billigen die Stellungnahme des Staatssekretärs. (Beifall.)

Herr v. Knappe (Fp.): Auch unsere Wirtschaftspolitik ist kein bloßes Wohlfühlmaß, sondern muß den Interessen der Nation entsprechen. Wir müssen den Export fördern und den Import beschränken. Die Erzeugung der Getreidezölle ist eine internationale Erscheinung. Wir können jetzt die Suspension der Getreidezölle nicht verlangen.

Herr Graf Schulerin (Dp.): An die vorliegende Interpellation haben wir uns nachdrücklich geäußert. Ich lehne es ab, aus dem Willensbegriff Argumente einzubringen. Die Frage ist doch nicht, ob die Höhe der Zölle die Produktion des Getreides, das wir zu importieren haben, zu sehr behindert. Die Frage ist, ob die Zölle die Produktion des Getreides, das wir zu importieren haben, zu sehr behindert.

Herr Dr. Reiche (natl.): Unsere grundsätzliche Auffassung in der Wirtschaftspolitik ändern wir nicht. Die Getreidezölle können nicht aufgehoben werden. Die Getreidezölle sind ein Schutz für den Export. Die Getreidezölle sind ein Schutz für den Export.

Herr v. Knappe (Fp.): Ueber die Einfuhrzölle haben wir uns erst am 22. April unterhalten. Damals betrug die Höhe der Zölle auf Getreide, was die Zölle betrifft, so steht in der Interpellation bei jeder Getreideart angegeben, ob es sich um die Einfuhrzölle handelt, die im Jahre 1907 zum erstenmal geändert.

Herr Dr. Reiche (natl.): Unsere grundsätzliche Auffassung in der Wirtschaftspolitik ändern wir nicht. Die Getreidezölle können nicht aufgehoben werden. Die Getreidezölle sind ein Schutz für den Export. Die Getreidezölle sind ein Schutz für den Export.

Herr v. Knappe (Fp.): Ueber die Einfuhrzölle haben wir uns erst am 22. April unterhalten. Damals betrug die Höhe der Zölle auf Getreide, was die Zölle betrifft, so steht in der Interpellation bei jeder Getreideart angegeben, ob es sich um die Einfuhrzölle handelt, die im Jahre 1907 zum erstenmal geändert.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wir erfahren aus Budapest: Nach dem die Revolververammlung der Unabhängigkeitspartei entsprechend dem Antrage des Exekutivkomitees die Wahlfrage Luca's abgelehnt hat, die auf eine Kabinettsbildung mit der Unabhängigkeitspartei abzielte, erscheint dieser Versuch einer Lösung der Krisis gescheitert. Luca wird demnach nach Wien reisen, um dem Könige zu berichten. Die Lage ist völlig unklar.

Frankreich. Die Deputiertenkammer verhandelte am Mittwoch über den Staatsvertrag mit den Messageries Maritimes. Der Finanzminister stellte fest, daß die französische Handelsmarine nicht den erwarteten Aufschwung genommen habe, und wies nach, daß man andere Grundlagen für sie schaffen müsse. Das genannte Kabinett sei für diese Sache bereit, daß es sich bemühe, auf dem System einer veränderlichen und unter Staatskontrolle stehenden Subvention zurückzugreifen.

Russland. Nach einer Meldung aus Helsingfors ist der „Standart“ mit dem Kaiser Nikolaus und der Kaiserlichen Familie in Nord wieder auf der Standartreise angekommen. **Großbritannien.** Am 30. Juni in Cardiff stattgefundenen Einigungsverhandlungen über die Abgrenzung der Kohlenfelder und ihren Abstrom beugen lebhaftem Interesse, da es von ihrem Ausgang abhängt, ob in ganz Großbritannien der Generalstreik proklamiert wird. Die Hoffnung auf Einigung wird durch den Vorschlag des Handelsministers Churchill, das Schlichtungsgremium zu übergeben, gestärkt. Hat die Vertreter beider Parteien aufgefunden, bis Verhandlungen über die Kohlenfelder mit ihm verhandelt hätten. — Im Unterhaus beantragte, nachdem die Debatte über den ersten Artikel der Finanzbill für Juli gedauert hatte, Schatzkanzler Lloyd George die Debatte. Nach der üblichen Opposition wurde der Antrag angenommen. Hieraus resultiert die Annahme des ersten Artikels ohne wesentliche Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage.

Die Luftschiffahrt.

Der „Zeppelin 11“. Aus Mittelsiberad geht uns unterm 30. Juni 7 Uhr abends folgendes Telegramm zu: Das Wetter wird immer unangünstiger. Zwar hat der Wind an Stärke nicht mehr zugenommen, aber es vergeht kaum eine Stunde, ohne daß neue Regens-

auffe niedergehen. Unter diesen Umständen ist an eine Fortsetzung der Fahrt nach Neuchâtel in dieser Nacht nicht zu denken. Nach den meteorologischen Meldungen ist es sogar zweifelhaft, ob der Aufstieg schon morgen Vormittag erfolgen kann, zumal Major Sperrling wiederholt erklärt hat, er wolle wirklich gutes Wetter abwarten. Das Luftschiff ist zu veranfertigen und hat den zeitweiligen sehr heftigen Regen abgesehen Stand gehalten. Die militärische Verwendung ist heute nachmittag durch Major Gronowier abgelöst worden. Für die nochmalige Nachfüllung ist eine neue Sendung Gasflaschen aus Friedrichshafen angeht.

Zur Ballon-Weisfahrt wird uns folgendes gemeldet:

28. Juni. Von den Ballons, die an der internationalen Weisfahrt teilnehmen, ist der „Aria Badi“ (führer Fabritant August Andrich aus Basel) gestern abend um 9 Uhr 20 Minuten glatt bei Gommay in der Schweiz gestartet. Der Ballon hatte den letzten Teil der Fahrt bei Regen und Schmetfliegen zurückgelegt.

29. Juni. Von den gestern zur Weisfahrt aufsteigenden 34 Ballons waren bis heute früh 9 Uhr acht gestartet. „Auffahrt 3“ bei St. Vit, „Erm“ abends 7 Uhr bei Saumerville bei Gembloux, „Rommen“ bei Euxelstein, „Benign“ bei Walmee, „Gloath 1“ abends 8 Uhr bei Soret (Belgien), „Grop“ abends 6 Uhr 20 Min. bei Zammerhof bei Montjoie, „Gevast“ abends 7 Uhr bei Wilmersdorf bei Walmee, „Flauen“ abends 9 Uhr 45 Min. bei Opatz (Belgien).

30. Juni. Bis 1 Uhr nachmittags wurden von der Ballonweisfahrt noch folgende drei Ballons als gelandet gemeldet: „Seyen“, gelandet bei Geroulle in Belgien, „Silberbrand“, der bereits um 12 Uhr nachts bei Luxemburg niedergeliegen ist, und „Frankreich“, gelandet bei Dorat in Belgien.

Bei Redaktionschluss laufen noch folgende Telegramme ein: **28. Juni.** Von den gestern nachmittag hier zur internationalen Weisfahrt aufsteigenden Ballons sind von Friedrichshafen bis zu zwei Meldungen von der Landung eingetroffen. Die Landungen erfolgten meistens in Belgien, Luxemburg und in der holländischen Grenzgegend. **30. Juni.** Nummer liegen auch von den letzten Ballons die Landungsmeldungen vor. Die Landungen der Ballons sind fast durchwegs zwischen 6 und 10 Uhr gestern abend erfolgt.

Aus Nah und Fern.

Österreich. Am Montag ist in der kaiserlichen Alpen der Wiener Ingenieur W. G. M., der im österreichischen Alpinismus sehr bekannt war, auf dem Gipfel des Schneeberges gestorben. Er befand sich in Begleitung von sechs Zwillingen, denen er in Begleitung der größten Kinderfamilie, insbesondere eines Kaminers, voraussetzte. Er erwies sich, daß sein Ziel zu fern war, insofern er bereits er im Aufstiege, fragte 30 Meter auf einem Felsvorsprung ab und blieb vor einem Felsblock mit sich verfahrenen Schuttlücken. Die Bewegung der Leiche gelandete sich äußerst schwierig; der in Baden eingetragene Zeugnismußte teilweise über die Felsen herabgeworfen werden.

Von der Eisenbahn. Mittwoch vormittag 11 Uhr entgleiten von dem 61. a 7. a 6808 der Strecke Eichenau-Grünfurt fünf vor der Station Eichenau und östlich nach nicht angelegte Weiche sechs Waggons einer Eisenbahn. Die Strecke waren gelandet. Der Unfall ereignete sich 4 Uhr nachmittags wieder fertiggestellten. Verkehr wurde nemand.

Folgendere Explosion. Im Düsseldorf erfolgte Mittwoch vormittag bei den Reinigungsarbeiten in den Kanalisationsanlagen eine heftige Explosion, die man auf eine Anzündung von Gasen an der Unglücksstätte zurückführt. Vier schwebende Personen wurden durch die Explosion zu Boden geworfen. Der Schaden war nicht zu übersehen. Der Schaden war nicht zu übersehen.

Wasserevanfahrungen in Hamburg. In der vorigen Woche erkrankten in Hamburg sechs Personen an Bestizung durch Gasen. Inzwischen sind weitere sechs Personen an Bestizung durch Gasen. Inzwischen sind weitere sechs Personen an Bestizung durch Gasen.

Neue Erbküche. In Reggio di Calabria wurden Mittwoch abends 6 Uhr vier starke Erdbeben verspürt; die Bevölkerung verließ die Baracken, einige Bauern, die schon vorher Risse zeigten, stürzten ein.

Die Typhusepidemie in Altoasio. Das Zentral-Komitee vom Roten Kreuz hat zur Bekämpfung der Typhusepidemie in Altoasio in Italien fünf transportable Baracken mit Typhusgeschwängern in vier 1000 Kranz überzehen.

Kammerfeier ohne Wasser. Am Montag brach der Damm des Wollereisebors der Stadt Hammerfest, das 300000 Kubikmeter Wasser enthielt; dieses frömte über die Felder, gerichte drei Brücken und rief die Pächter mit Material in die See. Eine schnelle Anwesenheit von Arbeiterkontrollen unter der Oberaufsicht, so daß die Stadt augenblicklich ohne Wasser ist.

10000 Arbeiter im Auslande. Mehr als 10000 gelehrte Arbeiter der Amerikanischen Latton- und Weibliche-Compagnie, der verschiedene Fabriken in Pennsylvania, Ohio, West-Virginia und Indiana gehören, treten in den Streit, weil eine Anordnung der Gesellschaft in Kraft getreten ist, wonach nicht-amerikanische Arbeiter neben amerikanischen angestellt werden.

Die Rettung des italienischen Arbeiters, der in dem teilweise eingestürzten Waggonsabtransporten seit letzten Tagen lebendig geblieben ist, bereit überzubereitete Schwierigkeiten. Hierbei ist es noch nicht gelungen, Lebensmittel durch einen Rettungsflug auszuführen. Auch gestern hörte man ihn noch rufen.

Geiern war der kälteste Junitag seit einem halben Jahrhundert in den Alpen. Aus mittleren und höheren Lagen der Alpen wird wieder ziesiger Schneefall gemeldet. Am Sämtigspital lag die Schneehöhe wieder auf 2 Meter.

An der Cholera in Petersburg sind seit dem 20. Juni wiederum 90 Personen erkrankt und 28 gestorben. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 574.

Die Cholera in Russland und dem Orient. Die Cholera in Russland erfüllt mit ihrem Auftreten bei Beginn der warmen Jahreszeit unter die Krankheiten der Endemieartigen. Eine lehrreiche Lehrzeit über den Verlauf der Epidemie in Petersburg bis Anfang Mai gibt ein besonderer Bericht des „Anceit“. Der Höhepunkt wurde während des letzten Jahres in der zweiten Septemberwoche mit 2808 Erkrankungen und 1000 Todesfällen erreicht. Dann kam eine heftige Abnahme nach, doch hielt sich die Zahl von Erkrankungen und Todesfällen bis Anfang Februar noch auf bezeichnender Höhe. Das ungewöhnliche late Frühjahr hat die Epidemie dann weiter wirksamen Abrücken, bis er sich wieder die bedeutende Zunahme erfolgte. Insgesamt haben in der Zeit von Ende August 1908 bis Mitte Mai 1909 in Petersburg mehr als 100000 Menschen an der Cholera erkrankt. Die Zahl der Erkrankungen über 100000 betrug eine ständige Vorgangs für Russland und damit auch für das übrige Europa ist die Nachschiffahrt mit Sibirien und den anderen Ländern des nahen Ostens, wo Epidemie der schwersten Krankheiten fast überall als Gefahr umgeben. Im russischen Osten und in der Gegend ist es die insbesondere, gleichfalls in diesem Grade lebensgefährliche Krankheit mit dem Namen Typhus genannt.

